

## **ANTRAG**

**der Fraktion der AfD**

### **Brandschutz für Windkraftanlagen gewährleisten – Kommunen entlasten**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. die durch das Landesplanungsgesetz festgelegten Flächenziele die Einwohner und Kommunen im ländlichen Raum nicht nur durch die Emissionen für Mensch und Natur, sondern auch bei der Sicherstellung des Brandschutzes massiv belasten.
2. die Vertreter in den Kommunen kaum Informationen darüber haben, welche Auswirkungen der Bau eines Windparks für ihre Gemeinde hat und diese bei der Bewältigung der überambitionierten Ausbauziele und des Brandschutzes allein gelassen werden.
3. die Finanzierung des Brandschutzes für Windkraftanlagen oft auf die Kommunen und deren freiwillige Feuerwehren abgewälzt wird, was angesichts der finanziellen und personellen Ressourcen ungerecht und untragbar ist.
4. bestehende gesetzliche Regelungen bei Baugenehmigungen von Windkraftanlagen den Brandschutz oft nicht ausreichend berücksichtigen und dringend angepasst werden müssen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. landesweit klarzustellen, welche Brandschutzvorgaben und damit einhergehende zusätzliche Ausstattungen der Feuerwehren im Land durch den durch das Landesplanungsgesetz festgelegten Windkraftausbau notwendig werden.
2. die Zusatzausstattung der örtlich zuständigen Feuerwehren bei der Gewährleistung des Brandschutzes von Windkraftanlagen zu ermitteln und diese durch zusätzliche Haushaltsmittel an die betroffenen Kommunen zu unterstützen.

3. zu prüfen, wie die Betreiber der Windkraftanlagen für die Sicherstellung des Brandschutzes herangezogen werden können, beispielsweise bei der Anschaffung von Löschfahrzeugen und Schlauchwagen und dem Bau einer Löschwasserversorgung für die Gemeinden.
4. die Gemeinden bei der Erstellung von Notfallplänen zu unterstützen, wenn es zu Bränden von Windkraftanlagen kommt und sicherzustellen, wie die vollständige Entsorgung der defekten Trümmerteile gewährleistet ist.
5. zu prüfen, welche Emissionen, insbesondere eine Verunreinigung des Bodens durch den Abrieb an den Rotorblättern der Windkraftanlagen, langfristig entstehen und wer für die Beseitigung dieser Schadstoffe verantwortlich ist.
6. regelmäßige Dialoge zwischen den Windkraftanlagenbetreibern und den betroffenen Gemeinden sowie Feuerwehren zu initiieren, um die Bedürfnisse und Anforderungen des Brandschutzes frühzeitig und umfassend zu klären.

### **Nikolaus Kramer und Fraktion**

#### **Begründung:**

Die derzeitigen Flächenziele und Ausbaupläne für Windkraftanlagen gemäß dem Landesplanungsgesetz führen zu erheblichen Belastungen für die Einwohner und Kommunen im ländlichen Raum. Neben den bekannten Emissionen und Umweltauswirkungen stellt insbesondere der Brandschutz eine erhebliche Herausforderung dar. Es fehlen klare Regelungen und Informationen, um die Sicherheit und Unterstützung der Kommunen zu gewährleisten.

Der Brandschutz bei der Errichtung und dem Betrieb von Windkraftanlagen muss klar definiert und finanziell abgesichert sein. Hierbei ist es essenziell, dass sowohl die staatlichen Stellen als auch die Betreiber der Windkraftanlagen ihren Beitrag leisten. Die Gemeinden benötigen Unterstützung bei der Erstellung von Notfallplänen und der sicheren Entsorgung von Trümmerteilen im Brandfall. Zudem müssen langfristige Umweltauswirkungen, wie die Verunreinigung des Bodens durch den Abrieb der Rotorblätter, untersucht und die Verantwortlichkeiten für die Beseitigung dieser Schadstoffe geklärt werden.

Die bisherige Praxis, dass die Finanzierung des Brandschutzes oft den Kommunen und deren freiwilligen Feuerwehren überlassen wird, ist angesichts der finanziellen und personellen Ressourcen ungerecht und untragbar. Es besteht eine dringende Notwendigkeit, die gesetzlichen Regelungen dahingehend zu überarbeiten, dass der Brandschutz bei der Genehmigung von Windkraftanlagen zwingend berücksichtigt wird und die Betreiber der Anlagen entsprechend in die Pflicht genommen werden. Nur durch klare Regelungen und Unterstützung können die Kommunen in die Lage versetzt werden, die ambitionierten Ziele des Windkraftausbaus im Einklang mit den Sicherheits- und Umweltausforderungen zu erfüllen.